

Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hg.)

# Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945

v



Lukas Verlag

A 04 - 03906

# Inhalt

Vorwort	9
PETER STEINBACH/JOHANNES TUCHEL Der Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur	11
<b>I. Widerstand aus der Arbeiterbewegung</b>	<b>27</b>
ANDREAS HERBST Kommunistischer Widerstand	33
HARTMUT MEHRINGER Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand	56
MICHAEL SCHNEIDER Gewerkschaftlicher Widerstand	79
MICHAEL KIßENER Widerstand aus der katholischen Arbeiterschaft	90
<b>II. Widerspruch und Widerstand</b>	<b>105</b>
ROLF-ULRICH KUNZE Widerstehen aus evangelischem Glauben	111
HEINZ HÜR TEN Widerstehen aus katholischem Glauben	130
DETLEF GARBE Widerstehen aus religiösen Gemeinschaften	148
JÜRGEN FRÖLICH Opposition und Widerstand auf liberaler Grundlage	167

Michael Schneider

## Gewerkschaftlicher Widerstand

Wohl selten hat ein Regime einen stärkeren Kult der Arbeit und des arbeitenden Menschen betrieben – und zugleich die Arbeiterschaft dermaßen politisch entmachtet. Der nationalsozialistische Staat schüchterte die Arbeiterschaft ein, beraubte sie binnen weniger Monate ihrer politischen und gewerkschaftlichen Vertretung – aber er umwarb sie mit einer geradezu mythischen Überhöhung des Arbeiterbildes in Kunst und politischer Propaganda sowie mit einer Reihe sozialer Wohltaten, die umso mehr ins Gewicht fielen, als sie auf die katastrophale Verarmung der Weltwirtschaftskrise folgten. Mögen weite Kreise der Arbeitnehmerschaft auch dem propagandistischen Wortgeklingel skeptisch gegenübergestanden haben, die im Zuge des wirtschaftlichen Aufschwungs verringerte Arbeitslosigkeit und die verbesserte Lebenssituation haben gewiss viele über die politische und gewerkschaftliche Entrechtung hinweggetröstet. Doch selbst wenn sich der Kern der ehemaligen Gewerkschaftsmitgliedschaft, die industriellen Facharbeiter, als resistent gegen die Verlockungen der nationalsozialistischen Politik erwiesen hätte, so hieße das keineswegs, dass »die« Arbeiterschaft über ein Potenzial zum aktiven Widerstand verfügt hätte. Realistischer ist es wohl, von einer »Neutralisierung« der Arbeiterschaft auszugehen. Neutralisierung heißt vor allem: Unterwerfung durch Terror und Entrechtung einerseits, Eindämmung etwaiger Unruhe bzw. Sicherung der Folgebereitschaft durch sozial- und wirtschaftspolitische Verbesserungen und Propaganda andererseits.<sup>1</sup>

### Gewerkschaftlicher Widerstand/Gewerkschafter im Widerstand

Zerschlagung der Arbeiterbewegung und Neutralisierung der Arbeiterschaft – das sind die Bedingungen, unter denen sich der Widerstand ehemaliger Gewerkschafter formierte. Für die auf Massenanhang und damit zwangsläufig auf Öffentlichkeit angewiesenen Gewerkschaften stellten sich damit Probleme, auf die sie von ihrer Struktur her nicht vorbereitet waren; und die Gewerkschaftsführer konnten sich in ihrer Mehrheit kaum mit konspirativen

Kampfpraktiken anfreunden, zumal sie selbst – wenn sie nicht verhaftet waren – zumeist unter besonderer polizeilicher Kontrolle standen. Was aber kann unter den Bedingungen von Terror und Verfolgung von Überwachung, Bespitzelung und ständiger Denunziationsfurcht »Widerstand« sein?

Der Begriff des gewerkschaftlichen Widerstandes kann sich wegen der Zerschlagung der Organisationen nicht normativ auf die Fortführung der überkommenen Gewerkschaftsarbeit beziehen.<sup>2</sup> Obwohl z. B. von Heinrich Schliestedt, einem der wichtigsten Organisatoren der Widerstandsarbeit bei den Metallarbeitern, in einem Memorandum aus dem Jahre 1935 anvisiert, konnte eine Verbindung von illegaler politischer Arbeit und auf Öffentlichkeit angewiesenen Lohnkämpfen nur sehr selten hergestellt werden. Aber natürlich sollen die Versuche nicht unerwähnt bleiben, unter extrem schwierigen Bedingungen in einzelnen Bereichen gewerkschaftsähnliche Aktivitäten bis hin zu Streiks zu organisieren.<sup>3</sup> Diese in kleinen Gruppen durchgeführten Aktionen, die oftmals von früheren Betriebsräten oder Gewerkschaftern geleitet wurden, folgten aber im Grunde der Devise: »Lohnpolitik auf eigene Faust«<sup>4</sup>. Und diese Devise war bei genauerem Hinsehen mit den auf breite kollektive Regelungen abzielenden Prinzipien der traditionellen Gewerkschaftspolitik nur begrenzt vereinbar.

Trotz des totalen Unterordnungs- und Strafanspruchs des nationalsozialistischen Staates sollen hier nicht alle Formen unangepassten Verhaltens – so mutig und opferreich sie auch waren – als »Widerstand« bezeichnet werden. Widerstand, das war vielmehr praktisches Handeln zur Behinderung oder Zerstörung von Kernbereichen der nationalsozialistischen Diktatur, z. B. durch die Versuche zur Schaffung einer illegalen Gegenöffentlichkeit. Daran ist auch der gewerkschaftliche Widerstand, verstanden als Widerstand ehemaliger Gewerkschafter, zu messen.

Gewerkschaftlicher Widerstand war zunächst einmal der Versuch, den persönlichen Zusammenhalt oppositioneller Gewerkschafter aufrechtzuerhalten und zudem auf illegalem Wege Informationen über die Situation in den Betrieben zu sammeln und zu verbreiten; es war der Versuch, den Propaganda-Tiraden politische Aufklärung entgegenzuhalten und damit den menschenverachtenden Charakter des nationalsozialistischen Systems, insbesondere Terror und Kriegsvorbereitung, zu beleuchten; es war der Versuch, den Kontakt zwischen Widerstandsgruppen im Reich und im Exil, auch zwischen deutschen und ausländischen Gewerkschaftern zu halten; und es war der Versuch, Vorbereitungen für die »Zeit danach« zu treffen. Widerstand von Gewerkschaftern, das war auch »Wartestand«.<sup>5</sup>

Mit diesen vielleicht bescheiden anmutenden Aufgaben- und Zielbestimmungen reagierten die gewerkschaftlichen Widerstandsgruppen auf die ge-

gebene Situation: Angesichts der sofort einsetzenden Terrormaßnahmen einerseits und der sich ausbreitenden abwartend-wohlwollenden Haltung weiter Kreise der Bevölkerung zum Regime andererseits war wohl an eine groß angelegte Widerstandsaktion ohnehin nicht zu denken; jeder Versuch, eine breite illegale Organisation aufzubauen, war zum Scheitern verurteilt. Das zeigte das Bestreben der KPD, zunächst am Konzept der Zellenbildung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) festzuhalten, das 1933/34 zu Massenverhaftungen führte. Und auch die Vorstöße in Richtung auf eine verdeckte Gewerkschaftsarbeit, die mit der Taktik des »Trojanischen Pferdes« innerhalb der Deutschen Arbeitsfront (DAF) unternommen wurden, blieben erfolglos; sie trugen überdies durch die – vorgebliche – Mitarbeit von Kommunisten in der DAF gewiss zur Verunsicherung der Arbeiterschaft bei.

## Gruppen im Untergrund

Erste Voraussetzung für die Formierung eines gewerkschaftlichen Widerstandes war es, den Kontakt zu halten, um damit die eigene politische Überzeugung gegen den wachsenden Druck der nationalsozialistischen Propaganda zu stärken und Informationen auszutauschen.<sup>6</sup> Dank geschickter Tarnung gelang es sogar bekannten Gewerkschaftsführern, diese Aufgabe zu erfüllen; das gilt z. B. für Alwin Brandes von den Metallarbeitern, für Fritz Husemann von den Bergarbeitern, und das gilt für Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften; Kaiser hatte die Aufgabe übernommen, die Renten- und Versorgungsansprüche der 1933 entlassenen christlich-nationalen Gewerkschafter zu vertreten; das erlaubte ihm vielfältige »legale« Besuche bei ehemaligen Funktionären.<sup>7</sup>

Auch der Beruf des Vertreters bot offenbar – Bernhard Göring reiste als Zigarrenhändler, Hans Gottfurcht als Versicherungsagent durch Deutschland – gute Möglichkeiten zu verdeckten Kontakten. Relativ günstige Bedingungen fanden sich zudem in allen Berufen des Transportwesens; so ist es nicht verwunderlich, dass der Anteil z. B. der Eisenbahner (unter Hans Jahn) und der Transportarbeiter (unter Adolph Kummernuss) an der Widerstandsarbeit der 1930er Jahre hoch ist, zumal diese die Unterstützung der Internationalen Transportarbeiter-Föderation unter Edo Fimmen fand.<sup>8</sup> Nach Jahns Angaben besaß seine Organisation im März 1936 137 Stützpunkte mit 284 Stützpunktführern und 1 320 Funktionären. Auch die Metallarbeiter hatten wohl ein gut ausgebautes Netz von Kontakten, zu dessen Organisatoren Al-

win Brandes, Heinrich Schliestedt, Max Urich, Richard Teichgräber, Hans Böckler und Walter Freitag gehörten. So berichtete Brandes von Kontakten zu 748 ehemaligen Metallern.

Aber die von der »normalen« Relation von Funktionären zur Mitgliedschaft (1 bis 2 Funktionäre auf ca. 1 000 Mitglieder) ausgehenden »Hochrechnungen« der Kontaktpersonen, die eine Massenorganisation von vielen hunderttausend Gewerkschaftern im Untergrund zu rekonstruieren versuchen, sind wohl Illusionen.<sup>9</sup> Die von den gewerkschaftlichen Widerstandszirkeln gebildete »Illegale Reichsleitung der deutschen Gewerkschaften« verfügte vermutlich nicht über einen Mitglieder Stamm im eigentlichen Sinne, gewiss aber über ein Informations- und Kontaktnetz von mehreren tausend ehemaligen Gewerkschaftern.

Diese Kontakte und Gruppenbildungen wird man dem Widerstand zuordnen können, da sie zu – gegen das Regime gerichteten – Aufklärungsaktionen und zur Ausarbeitung von Zukunftsplänen für ein »anderes Deutschland« führten; zu denken ist etwa an den Transport und Austausch von Tarnschriften und Informationsblättern und – natürlich – an die Anfertigung und Verteilung von Flugblättern. Weder die unter dem Deckmantel von Vertreterbesuchen verborgenen Treffen mit allein mündlicher Kommunikation noch die Zirkel, die z. B. Flugblattaktionen starteten, waren indessen vor dem Zugriff der Gestapo sicher: Hans Gottfurcht und Heinrich Schliestedt mussten ins Ausland fliehen; Schliestedt kam 1938 bei einem Flugzeugabsturz ums Leben. Hermann Schlimme wurde 1937 verhaftet; auch das von Hans Jahn aufgebaute Netz von Stützpunkten der Eisenbahner wurde 1937 durch Massenverhaftungen fast völlig zerschlagen; ebenso erging es dem illegalen Kreis um Alfred Fitz vom Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter.

Auffallend ist, dass mit der Bildung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften im April 1933 und dann mit der gemeinsamen Erfahrung der Verfolgung die Grenzen zwischen den Richtungsgewerkschaften nahezu bedeutungslos wurden. In fast allen Gruppen arbeiteten ehemalige christliche, liberale und freie Gewerkschafter zusammen, die damit Vorläufer der späteren Einheitsgewerkschaften waren.

Tief blieb der Graben indessen zwischen diesen und den kommunistischen Gewerkschaftern. Es sei jedoch nicht übersehen, dass es auch vereinzelt zu gemeinsamen Aktionen sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter kam. Am bekanntesten wurden die auf betrieblicher Ebene gebildeten Gruppen von Textil- und Metallarbeitern im Wuppertaler Raum, die im Herbst 1934 mehrere 100 Mitglieder zählten. Sie druckten und verteilten Flugblätter, hatten auch eigene Zeitungen. Im Januar 1935 wurden die Gruppen mit Massenverhaftungen zerschlagen; die von den mit großem Pro-

pagandaufwand geführten »Wuppertal-Prozessen« Betroffenen fanden im Übrigen ausländische Unterstützung, insbesondere durch das holländische »Wuppertal-Komitee«.

In der Folgezeit – etwa ab 1936/37 – beschränkte sich der gewerkschaftliche Widerstand im Grunde darauf, in Kontaktzirkeln ehemaliger Spitzenfunktionäre Planungen für die »Zeit danach« zu diskutieren. Einen Massenkontakt konnten die Gewerkschaftsführer nicht aufbauen, wohl aber ein verdecktes Informationsnetz, das sie zu wichtigen Ansprechpartnern gerade auch für die ins Ausland geflohenen Kolleginnen und Kollegen machte.

## Anlaufstellen im Ausland

Angesichts von Verfolgung und Bedrohung der Gewerkschafter wurden frühzeitig Versuche unternommen, Anlaufstellen im benachbarten Ausland zu schaffen. Bis zum »Anschluss« an das Deutsche Reich (1935) bot zunächst das Saargebiet einen Fluchtpunkt für exilierte Gewerkschafter; dann übernahmen die Tschechoslowakei (bis 1938) sowie die Grenzregionen der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Dänemarks diese Funktion, bis auch diese vom Krieg überzogen wurden. Aber es ging nicht nur darum, erste Aufnahmepositionen für aus Deutschland vertriebene Gewerkschafter zu schaffen; eine zentrale Aufgabe war es auch, von diesen Stützpunkten aus die Arbeit zu koordinieren, den Informations- und Schriftenaustausch zwischen Reichsgebiet und Ausland zu organisieren.

So wurde im Herbst 1934 in der Tschechoslowakei, auf der Konferenz in Reichenberg, unter Führung von Heinrich Schliestedt die Auslandsvertretung der deutschen Gewerkschaften gegründet. Nach Schliestedts Tod 1938 verlagerte sie ihren Sitz zu Fritz Tarnow, dem früheren Vorsitzenden des Holzarbeiterverbandes, nach Kopenhagen, der indessen nicht von allen Auslandsvertretern als Leiter anerkannt wurde. Die Auslandsvertretung wurde vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) finanziell unterstützt – was angesichts der Verstimmung, die der Anpassungskurs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Frühjahr 1933 und speziell der Austritt aus dem IGB am 22. April 1933 ausgelöst hatten, keineswegs selbstverständlich war.

Auch im Ausland zeigten sich vereinzelt Ansätze zur Zusammenarbeit sozialdemokratischer und kommunistischer Gewerkschafter. Doch letztlich fanden die von der Kommunistischen Internationale 1935 ausgegebenen Einheitsfrontparolen keinen großen Niederschlag. Zwar wurde in Frank-

reich parallel zu Heinrich Manns Volksfront-Initiative der Koordinationsausschuss deutscher Gewerkschafter gebildet; aber mit dem Scheitern des Volksfrontversuchs und vor allem mit den »Moskauer Säuberungen« war 1937/38 auch das Ende des Koordinationsausschusses besiegelt. Zu nennen ist auch der Arbeitsausschuss freigewerkschaftlicher Bergarbeiter, der auf einer Tagung des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationale in Paris gegründet wurde. Hier arbeiteten u. a. Franz Vogt, Richard Kirn und Hans Mugrauer vom (sozialdemokratischen) Alten Verband mit dem Kommunisten Wilhelm Knöchel zusammen. Nach dem deutschen Einmarsch in die Niederlande nahm sich Vogt das Leben; Knöchel, der in den folgenden Jahren eine kommunistische Widerstandsgruppe in Deutschland organisierte, wurde 1943 verhaftet.<sup>10</sup>

## Widerstand im Krieg

Im Krieg wurde die Situation für den innerdeutschen Widerstand von Gewerkschaftern vollends aussichtslos. Der Ausbau des Verfolgungsapparates, die Integration der Arbeiterschaft in die Kriegsanstrengungen und das Erschweren grenzüberschreitender Kontakte – all das ließ die Aktivitäten der Gruppen ehemaliger Gewerkschafter im Reich fast zum Erliegen kommen. Auf die wichtigste Ausnahme – die Beteiligung am Attentat vom 20. Juli 1944 – wird noch einzugehen sein.

Besonders hervorgehoben werden muss wohl, dass man auch im Krieg nicht von einem etwaigen Massenrückhalt für den Widerstand der Gewerkschafter sprechen kann. Mit Beginn des Krieges veränderten sich die Lebensbedingungen – abgesehen von den Einberufungen und der bald steigenden Zahl von Kriegstoten – zunächst erstaunlich wenig: Gerade aufgrund der Erfahrungen des Ersten Weltkrieges schien eine erfolgreiche Kriegführung auch und vor allem von der sozialen Ruhe an der »Heimatfront« abzuhängen, die durch Sicherung der »Normalität« garantiert werden sollte. Erst mit dem Rückzug der deutschen Truppen, der nach der Schlacht bei Stalingrad im Januar 1943 an allen Fronten einsetzte, und mit den zunehmenden Bombardierungen begann der Krieg immer drastischer seine Auswirkungen in Deutschland zu zeigen. Dennoch kam nicht die explosive Stimmung auf, die gerade die Ernährungslage im Ersten Weltkrieg verursacht hatte. Die allgegenwärtige Bespitzelung und Denunziation einerseits, das Gefühl der Hilflosigkeit gegen die sich in Bombennächten ankündigende Katastrophe andererseits trugen wohl zu einer Passivität bei, die von Hoffnung (auf ein

»Wunder«), trotzigem Durchhaltewillen und Angst sowie von mürrischer Kritik und Unterordnung gekennzeichnet war.

Daraus stachen allenfalls die Aktionen von Jugendlichen hervor, ohne dass wohl das betont unangepasste Verhalten z. B. der Edelweißpiraten eindeutig als politischer Widerstand gelten kann. Und auch die im Laufe des Krieges trotz der damit verbundenen Risiken zunehmende Bummelerei, das Krankfeiern und die Aufsässigkeit mancher Arbeiter wird man kaum ohne weiteres als Widerstand bezeichnen können. Allerdings muss man wohl berücksichtigen, dass dies für Arbeiterinnen und Arbeiter die einzigen Möglichkeiten waren, eine oppositionelle politische Haltung durch Taten zu beweisen. Und mit hohem persönlichen Risiko behaftet waren auch diese Formen des individuellen Protests – vom Erzählen politischer Witze über das »Meckern« eben bis hin zu den als Sabotage gewerteten Arbeitsverfehlungen.

## Im Exil: Pläne für die Zeit »nach Hitler«

Für die ins Ausland vertriebenen Gewerkschafter bedeutete der Krieg, dass sie vor den deutschen Truppen weiterfliehen mussten: Schweden, England und die Schweiz wurden im Krieg zu den wichtigsten Aufnahmeländern.

In Schweden und in England wurden Landesgruppen deutscher Gewerkschafter gebildet, die den Flüchtlingen zunächst einmal Hilfestellung bei der Sicherung des nötigsten Lebensbedarfs leisteten; sie unterstützten außerdem die Reste des Widerstandes in Deutschland, sammelten und verbreiteten Informationen; und sie versuchten die Deutschland-Politik der Alliierten zu beeinflussen, insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des jeweiligen Gastlandes, durch eigene Öffentlichkeitsarbeit und durch die Mitarbeit in den Informationsdiensten der Alliierten. Gerade Letztere folgte vielfach der Einsicht, dass die nationalsozialistische Diktatur nur von außen zerschlagen werden könne. Und schließlich arbeiteten die Landesvertretungen Pläne und Programme für den Neuaufbau der Gewerkschaften, aber auch für die Gestaltung des Arbeitsmarktes und der politischen Ordnung der »Nach-Hitler-Zeit« aus.<sup>11</sup>

Da ist z. B. an das von Fritz Tarnow im Dezember 1941 dem »Stockholmer Arbeitskreis deutscher Sozialdemokraten« vorgelegte Programm zu denken; es ging hinsichtlich der Wiedegründung von Gewerkschaften nach dem Kriege davon aus, dass man doch Organisationsstruktur und -prinzipien der DAF übernehmen könne. Dieses Konzept fand weder in Stockholm noch in

London nachhaltige Zustimmung: 1944/45 legte darum die Landesgruppe der deutschen Gewerkschafter in Schweden »Vorschläge zu Problemen des Wiederaufbaus in Deutschland« vor, die von der Auflösung der DAF und vom Aufbau einer demokratischen und unabhängigen Gewerkschaftsorganisation ausgingen.

Und auch die Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England, die eng mit dem Exilvorstand der SPD in London zusammenarbeitete, entwickelte 1945 – Mitautoren waren u. a. Willi Eichler, Hans Gottfurcht, Hans Jahn, Ludwig Rosenberg – einen Plan für »Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung«, dessen Organisationsgrundsätze lauteten: »Alle Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund müssen von Anfang an unabhängig von Unternehmern, Staat und Behörden sein. Die Bildung einheitlicher Industrieverbände sollte angestrebt werden. Die Gewerkschaften sind freiwillige Zusammenschlüsse von Arbeitnehmern und machen die Aufnahme weder von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Rasse, zu einem Religionsbekenntnis oder zu einer bestimmten politischen Auffassung abhängig.« Und weiter unten hieß es: »Gewerkschaften dürfen in keinem Abhängigkeitsverhältnis zu politischen Parteien stehen. Mit sozialistischen und anderen demokratischen Parteien verbindet sie die gleiche Zielsetzung: Demokratische Umgestaltung von Staat und Gesellschaft, wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung. Sie erstreben daher die Zusammenarbeit mit allen Parteien, die diese Ziele vertreten und bereit sind, gewerkschaftlichen Forderungen in Parlamenten und Öffentlichkeit Geltung zu verschaffen.«<sup>12</sup>

Hier war also die Bildung von Industriegewerkschaften vorgesehen, die auf den Prinzipien freiwilliger Mitgliedschaft und politischer Unabhängigkeit basieren sollten. Zwar diskutierten Emigranten auch in der Schweiz und in Frankreich Konzepte für den Wiederaufbau der Gewerkschaften, aber den stärksten Einfluss übten in der Folgezeit ohne Zweifel die im Londoner Exil entworfenen Pläne aus.

### Gewerkschafter und der Umsturzversuch vom 20. Juli 1944

Die von der Landesgruppe deutscher Gewerkschafter in England entfaltete programmatische Tätigkeit leistete also eine überaus wichtige Vorarbeit für die Wiedegründung der Gewerkschaften in Deutschland nach dem Kriege; zu dessen Beendigung oder zum Sturz der Diktatur konnte sie indessen nicht direkt beitragen. Eben dies war aber das Ziel einzelner Gewerkschafter, die

Kontakt zu den Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944 hatten. Zu nennen sind vor allem Wilhelm Leuschner<sup>13</sup> von den Freien Gewerkschaften, Jakob Kaiser von den Christlichen Gewerkschaften und Max Habermann vom Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband (DHV). Die Beteiligung der Gewerkschafter folgte einerseits dem Interesse der Widerstandsgruppen, die (ehemals) organisierte Arbeitnehmerschaft in den geplanten Aufstandsversuch einzubinden, sie mit dem neuen Staatsaufbau von vornherein zu verknüpfen und ein Aufkommen revolutionärer oder auch kommunistischer Bewegungen zu verhindern. Andererseits war den Gewerkschaftern klar, dass sie ohne und erst recht gegen das Militär kaum wirksam ein Ende des nationalsozialistischen Regimes würden herbeiführen können.

Trotz der Vorbehalte und des immer wieder aufflackernden Misstrauens gegen eine politische Zusammenarbeit von Vertretern so unterschiedlicher Schichten und Gruppen wie Adel, Arbeiterbewegung, Industrie, Kirche und Militär bildeten die Verwurzelung in christlichen Moralvorstellungen sowie die Prinzipien von Rechtsstaatlichkeit und sozialer Reform eine starke Klammer, die ausreichte, ein Regierungsbündnis für die Zeit nach dem Umsturz zu vereinbaren: Neben Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler waren Leuschner und Julius Leber (SPD) als Kanzler bzw. Vizekanzler oder Innenminister im Gespräch; die christliche Arbeiterbewegung sollte – so der letzte Entwurf einer Ministerliste vom Juli 1944 – durch Bernhard Letterhaus im Kabinett vertreten sein.

Waren auch Vertreter der früheren Richtungsgewerkschaften an den Beratungen der Widerstandskreise beteiligt, so bedeutete dies noch nicht, dass sie sich mit ihrem im Frühjahr 1933 vereinbarten Konzept der Einheitsgewerkschaft durchgesetzt hätten: Das Programm Goerdelers zum Aufbau einer Deutschen Gewerkschaft war allzu weitgehend an der Realität der DAF orientiert; es sah Zwangsmitgliedschaft, berufsständische Ordnung und Streikverbot vor. Und die Pläne des Kreisauer Kreises folgten werksgemeinschaftlichen Harmonie-Vorstellungen, so dass Gewerkschaften nur für eine Übergangszeit eingeplant waren.<sup>14</sup>

Die Gruppen, die das Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 vorbereiteten, waren gewiss nicht durch ein geschlossenes Programm geeint, wohl aber durch den Willen, der Gewaltherrschaft der Nationalsozialisten ein Ende zu bereiten. Das Attentat scheiterte, und diejenigen, die es vorbereitet hatten, mussten mit schärfster Verfolgung rechnen. Einige seien erwähnt: Jakob Kaiser gelang es, rechtzeitig unterzutauchen und sich bis zum Kriegsende zu verstecken. Max Habermann vom DHV wurde verhaftet und beging Selbstmord, um unter der drohenden Folter keine Mitverschwörer zu verraten. Bernhard Letterhaus vom Vorstand des Christlichen Textilarbeiterverbandes

wurde ebenso wie Wilhelm Leuschner verhaftet und zum Tode verurteilt. Leuschners viel zitiertes Vermächtnis lautete: »Schafft die Einheit!«<sup>15</sup>

## Bilanz

Es ist festzuhalten, dass die nationalsozialistische Diktatur nicht durch die Aktionen des Widerstandes, welcher Gruppe auch immer, gestürzt wurde; das »Dritte Reich« versank mit der Kriegsniederlage und der Besetzung Deutschlands durch die alliierten Truppen. Doch für den demokratischen Neuanfang war es von unschätzbare Bedeutung, dass es Widerstand gegeben hatte. Dieser Widerstand hatte einen hohen Preis gefordert: Tausende von Frauen und Männern wurden mit Gefängnis und Zuchthaus bestraft, in die Konzentrationslager verschleppt, wurden Opfer von Folter, Mord und Hinrichtung. Allein 1936 wurden im Reich 11 687 Personen wegen illegaler sozialistischer Tätigkeit festgenommen; bei Kriegsbeginn betrug die Zahl der Häftlinge in den Konzentrationslagern rund 21 000; sie stieg bis März 1942 auf knapp 100 000.<sup>16</sup> Mindestens 25 000 Menschen wurden nach amtlicher Statistik als politische Oppositionelle zum Tode verurteilt.<sup>17</sup> Dazu zählten viele Gewerkschafter aller Richtungen.<sup>18</sup>

Es waren diese Opfer, die dem politischen Neubeginn 1945 Glaubwürdigkeit verliehen; und es war der Widerstand nicht der Gewerkschaften, aber aus den zerschlagenen Gewerkschaften, der – nach der hilflosen Politik zwischen Protest und Anpassung im Jahre 1933 – ihrem Anspruch auf politische Mitwirkung im Deutschland der Nachkriegszeit Berechtigung und Nachdruck verlieh.

## Anmerkungen:

- 1 Siehe dazu ausführlich Michael Schneider, Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933–1939, Bonn 1999.
- 2 Vgl. demgegenüber Jürgen Harrer, Gewerkschaftlicher Widerstand gegen das »Dritte Reich«, in: Frank Deppe/Georg Fülberth/Jürgen Harrer (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, 4. aktualisierte und wesentlich erweiterte Auflage, Köln 1989, S. 343–413, hier S. 371 f. und S. 387.
- 3 Vgl. Günter Morsch, Streiks im »Dritten Reich«, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 36 (1988), S. 649–689; Stefan Karner, Arbeitsvertragsbrüche als Verletzung der Arbeitspflicht im »Dritten Reich«, in: Archiv für Sozialgeschichte, XXI (1981), S. 269–328.

- 4 Detlev J. K. Peukert, Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Ulrich Borsdorf unter Mitarbeit von Gabriele Weiden (Hrsg.), Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 447–498, hier S. 470.
- 5 Ulrich Borsdorf, Arbeiteropposition, Widerstand und Exil der deutschen Gewerkschaften, in: Erich Matthias/Klaus Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 291–306, hier S. 299.
- 6 Vgl. Siegfried Mielke/Matthias Frese (Bearb.), Die Gewerkschaften im Widerstand und in der Emigration 1933–1945, Frankfurt a. M. 1999, S. 17 ff.
- 7 Siehe detailliert Elfriede Nebgen, Jakob Kaiser. Der Widerstandskämpfer, Stuttgart u.a. 1967.
- 8 Vgl. Dieter Nelles, Widerstand und internationale Solidarität: Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Essen 2001.
- 9 Vgl. Gerhard Beier, Die illegale Reichsleitung der Gewerkschaften 1933–1945, Köln 1981; ders., Gewerkschaften zwischen Illusion und Aktion. Wandlungen gewerkschaftlicher Strategie vom potentiellen Massenwiderstand zur Technik der Verschwörung, in: Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 99–112, hier S. 108; S. Mielke/M. Frese (Anm. 6), S. 21 ff., S. 155 ff.
- 10 Vgl. Beatrix Herlemann, Auf verlorenem Posten. Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg. Die Knöchel-Organisation, Bonn 1982.
- 11 Abgedruckt in: Ulrich Borsdorf/Hans O. Hemmer/Martin Martiny (Hrsg.), Grundlagen der Einheitsgewerkschaft. Historische Dokumente und Materialien, Köln – Frankfurt a. M. 1977, S. 248 ff.
- 12 Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung. Programmvorschlage fur einen einheitlichen deutschen Gewerkschaftsbund, o. O., o. J. (London 1945), S. 5 ff.
- 13 Vgl. dazu detailliert Joachim G. Leithuser, Wilhelm Leuschner. Ein Leben fur die Republik, Frankfurt a. M. u. a. 1962.
- 14 Vgl. Michael Schneider, Zwischen Standesvertretung und Werksgemeinschaft. Zu den Gewerkschaftskonzeptionen der Widerstandsgruppen des 20. Juli 1944, in: J. Schmadeke/P. Steinbach (Anm. 9), S. 520–532.
- 15 Nach G. Beier (Anm. 9), S. 83.
- 16 Vgl. z. B. Siegfried Mielke (Hrsg.), Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Berlin 2002.
- 17 Angaben nach Manfred Funke, Gewerkschaften und Widerstand. Zwischen Ausharren und Orientierung auf die Zukunft, in: Widerstand und Exil 1933–1945, Bonn 1985, S. 60–75, hier S. 66.
- 18 Vgl. DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie (Hrsg.), Erschlagen – Hingerechtet – In den Tod getrieben. Gewerkschafter als Opfer des Nationalsozialismus, Bonn 1995.